S 7 KR 1569/22

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Sozialgericht Konstanz

Sachgebiet Abteilung Kategorie Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Beiträge zur freiwilligen Kranken-

und Pflegeversicherung bei hauptberuflich Selbständigen -Verlangen der Krankenkasse

Leitsätze -

Normenkette § 240 Abs. 4, Abs. 4a SGB V, § 7

Beitragsverfahrensgrundsätze

Selbstzahler a.F.

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 KR 1569/22 Datum 24.04.2023

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Die Beklagte wird unter AbĤnderung der Bescheide vom 22.06.2022 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.09.2022 verurteilt, die BeitrĤge des KlĤgers für die Kranken- und Pflegeversicherung für das Jahr 2018 auf der Grundlage von beitragspflichtigen Einnahmen von kalendertĤglich 1/60 der monatlichen BezugsgröÃ□e festzusetzen.

Â

Die Beklagte hat die auA

ergerichtlichen Kosten des KlA

gers zu erstatten.

Â

Â

Tatbestand

Â

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1}/_{a}$ ber die H \tilde{A} ¶he der von dem Kl \tilde{A} ¤ger zu zahlenden Beitr \tilde{A} ¤ge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Â

Der am 15.07.1961 geborene Kl\(\tilde{A}\)\mager ist als hauptberuflich Selbst\(\tilde{A}\)\mager in diger freiwilliges Mitglied der Beklagten. Mit Bescheid vom 20.12.2017 stellte die Beklagte vorlĤufig die BeitrĤge zur Kranken- und Pflegeversicherung ab 01.01.2018 fest. Mit Bescheid vom 16.08.2018 erfolgte die vorlĤufige Neuberechnung zum 01.08.2018. Ausweislich der von der Beklagten vorgelegten Unterlagen wies die Beklagte den KlĤger mit Schreiben vom 20.09.2021 darauf hin, dass noch der Einkommensteuerbescheid für das Jahr 2018 fehle. Auch stehe die Beitragsberechnung auf Basis des letzten Einkommensteuerbescheides unter dem Vorbehalt der Neuberechnung. Der KlĤger wurde gebeten, bis 15.10.2021 eine Kopie des vollstĤndigen Einkommensteuerbescheides von 2018 zuzuschicken. Andernfalls verpflichte der Gesetzgeber die Beklagte, den Beitrag nach Ablauf der Dreijahresfrist auf der Grundlage der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze festzulegen. Eine rückwirkende Beitragskorrektur für das Jahr 2018 sei nur bei Eingang der Unterlagen bis 31.12.2021 mA¶glich. Eine Erinnerung erfolgte durch die Beklagte ausweislich des entsprechenden Vermerks mit Schreiben vom 07.12.2021.

Â

Mit Bescheiden vom 22.06.2022 berechnete die Beklagte die Beitr \tilde{A} $^{\alpha}$ ge f \tilde{A} $^{\beta}$ 4r die Zeitr \tilde{A} $^{\alpha}$ ume 01.01.2018 bis 31.07.2018 und 01.08.2018 bis 31.12.2018 auf der Grundlage der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze. Am 06.07.2022 erhob der Kl \tilde{A} $^{\alpha}$ ger Widerspruch. Er trug vor, er habe von der Beklagten keine schriftlichen Aufforderungen erhalten, den Einkommensteuerbescheid 2018 vorzulegen. Ob dies von der Beklagten nicht versandt worden, auf dem Postweg verloren gegangen oder im Mehrparteienhaus durch andere Bewohner entwendet worden sei, k \tilde{A} $^{\alpha}$ nne nicht gekl \tilde{A} $^{\alpha}$ rt werden. Der Kl \tilde{A} $^{\alpha}$ ger legte die Einkommensteuerbescheide des Finanzamts Ravensburg vom 20.04.2020 f \tilde{A} 1 4r 2018 und vom 11.02.2021 f \tilde{A} 1 4r 2019 vor. Im Einkommensteuerbescheid f \tilde{A} 1 4r 2018 sind bei dem Kl \tilde{A} $^{\alpha}$ ger Eink \tilde{A} 1 4nfte aus Gewerbebetrieb von 4.906 \hat{a} $^{-}$ aufgef \tilde{A} 1 4hrt. Am 11.07.2022 stellte der Kl \tilde{A} $^{\alpha}$ ger klar, dass gegen beide Bescheide vom 22.06.2022 Widerspruch eingelegt werde. Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 13.09.2022 zur \tilde{A} 1 4ck.

Â

Mit Bescheid vom 06.07.2022 stellte die Beklagte die BeitragshĶhe für das Jahr

2019 in gleicher Höhe wie im Rahmen der vorläufigen Entscheidung fest. Die vorläufige Beitragsberechnung fÃ $\frac{1}{4}$ r die darauffolgenden Kalenderjahre bleibe zunächst weiterbestehen.

Â

Am 05.10.2022 hat der Kläger gegen den Widerspruchsbescheid vom 13.09.2022 Klage bei dem Sozialgericht Konstanz erhoben. Der Kläger hat erneut vorgetragen, ihm seien vor den Bescheiden vom 22.06.2022 keinerlei Benachrichtigungen der Beklagten zugegangen, mit denen er aufgefordert worden wäre, den Einkommensteuerbescheid fýr 2018 vorzulegen. Hätte er eine solche Aufforderung erhalten, hätte er umgehend den Steuerbescheid vorgelegt.

Â

Der KlAxger beantragt zuletzt,

Â

die Beklagte unter Abänderung der Bescheide vom 22.06.2022 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.09.2022 zu verurteilen, die Beiträge fÃ $\frac{1}{4}$ r die Kranken- und Pflegeversicherung fÃ $\frac{1}{4}$ r das Jahr 2018 auf der Grundlage von beitragspflichtigen Einnahmen von kalendertÃ $\frac{1}{6}$ 0 der monatlichen BezugsgrÃ $\frac{1}{6}$ 0 efestzusetzen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

Â

Die Beklagte hat ergĤnzend darauf hingewiesen, dass grundsĤtzlich bei jedem neu verschickten Beitragsbescheid ein Merkblatt beigefýgt werde, mit dem an das zeitnah einreichen eines von der Finanzverwaltung ausgestalten Einkommensteuerbescheides erinnert werde. Beispielhaft werde auf den Bescheid vom 06.07.2022 Bezug genommen.

Â

Das Gericht hat am 07.03.2023 einen Termin zur Er \tilde{A} ¶rterung des Sachverhalts durchgef \tilde{A} ½hrt. In dem Termin ist f \tilde{A} ¼r die Beklagte mitgeteilt worden, dezidiert angefordert worden sei der Einkommensteuerbescheid f \tilde{A} ½r 2018 mit Schreiben vom 20.09.2021 und 07.12.2021. Man sei zun \tilde{A} xchst von einem Telefonat vom 07.12.2021 ausgegangen, es gebe aber kein Telefonat. Die Anforderung vom

07.12.2021 sei praktisch inhaltsgleich mit der Anforderung vom 20.09.2021. Fþr die Beklagte ist ferner auf die Informationen zum Beispiel mit Bescheid vom 16.08.2018 hingewiesen worden. Sie hAxtten auch versucht, den KlAxger telefonisch zu erreichen. Sie seien aber nicht durchgekommen. Sie seien der Auffassung, dass sie nicht immer dezidiert auf das Fehlen einzelner Steuerbescheide hinweisen müssten. Die Hinweise in den Beitragsbescheiden seien aus Sicht der Beklagten ausreichend. Das, was sie zusĤtzlich machen würden, sei eigentlich nur Kundenservice. Der Kläger hat im Rahmen seiner Anhörung vorgetragen, er habe diese Briefe nicht bekommen. Es seien 8 Wohnungen, es würden über 20 Leute in dem Haus wohnen, es seien auch Studenten und Familien. Es seien immer mal Briefe vermisst worden. Es sei die Coronazeit gewesen. Teilweise habe der BrieftrÄger in der Zeit die Briefe nicht in den Briefkasten geworfen, sondern auf die Treppe gelegt. Es seien immer mal Briefe auch vermisst worden. Der KlĤger hat hierzu ein Schreiben seiner Nachbarin vorgelegt. Ferner hat der KlĤger vorgetragen, es ergebe keinen Sinn, dass er den Einkommensteuerbescheid nicht vorgelegt hAxtte auf entsprechende Anforderung. Er habe das dann gleich gemacht. Er habe ja kein Interesse, diese Unterlagen nicht vorzulegen, wenn sie schon vorhanden seien. FÃ1/4r die Beklagte ist ferner mitgeteilt worden, dass, wenn der Steuerbescheid 2018 fristgerecht eingegangen wAxre, er aus Sicht der Beklagten die Grundlage für die Beitragsberechnung gewesen wäre.

Â

Die Beklagte hat die Ergebnisniederschrift über die Sitzung der Fachkonferenz Beiträge am 04.05.2022 vorgelegt. Fþr den Kläger ist vorgetragen worden, dass nach Durchsicht seiner Unterlagen davon ausgegangen werde, dass er das Schreiben vom 16.08.2018 nicht erhalten habe. Letztlich komme es aber darauf nicht an. Denn eine Aufforderung in Bezug auf den Einkommensteuerbescheid 2018 beinhalte das Schreiben nicht. Dies gelte zum einen aufgrund der Formulierungen, zum anderen, weil der Steuerbescheid im August 2018 noch gar nicht vorgelegt werden könne. Die Beklagte hat mit Schriftsatz vom 20.04.2023 auf Anfrage des Gerichts mitgeteilt, wenn von Klägerseite der Einkommensfragebogen bis 31.12.2021 bei der Beklagten eingereicht worden wäre (was allerdings erst am 06.07.2022 erfolgt sei), wären Beiträge auf der Basis von 1/60 der monatlichen BezugsgröÃ∏e zu erheben gewesen, da die tatsächlichen Einnahmen des Klägers unter diesem Betrag gelegen hätten und er einen Antrag auf Beitragsentlastung gestellt habe.

Â

Die Beteiligten haben mit Schreiben vom 20.04.2023 einer Entscheidung ohne $m\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung zugestimmt.

Â

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Verwaltungsakte der Beklagten und die Prozessakte Bezug genommen.

Â

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde:

Â

Nachdem beide Beteiligten einer Entscheidung ohne m \tilde{A}^{1}_{4} ndliche Verhandlung zugestimmt haben, konnte das Gericht gem \tilde{A}_{2} \tilde{A}_{3} 124 Abs. 2 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) ohne m \tilde{A}^{1}_{4} ndliche Verhandlung durch Urteil entscheiden.

Â

Die form- und fristgerecht erhobene Klage ist zul \tilde{A} xssig und mit dem zuletzt gestellten Antrag in vollem Umfang begr \tilde{A} 1/4ndet. Die Beitragsberechnung f \tilde{A} 1/4r das Jahr 2018 hat auf der Grundlage von kalendert \tilde{A} xglich 1/60 der monatlichen Bezugsgr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \square e zu erfolgen.

Â

GemäÃ∏ § 240 Abs. 1 SGB V in der vom 01.01.2018 bis 14.12.2018 geltenden und im vorliegenden Fall anzuwendenden Fassung (a.F.) wird die Beitragsbemessung fýr freiwillige Mitglieder einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen geregelt. Dabei ist sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche Leistungsfäxhigkeit des freiwilligen Mitglieds berücksichtigt; sofern und solange Mitglieder Nachweise über die beitragspflichtigen Einnahmen auf Verlangen der Krankenkasse nicht vorlegen, gilt als beitragspflichtige Einnahmen für den Kalendertag der dreiÃ∏igste Teil der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze (§ 223). Mit Wirkung ab 15.12.2018 wurden durch Art. 1 Nr. 6 des Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versichertenentlastungsgesetz-GKV-VEG) vom 11.12.2018 in § 240 Abs. 1 folgende Sätze 3 â∏ 5 eingefþgt: â∏Weist ein Mitglied innerhalb einer Frist von zwölf Monaten, nachdem die Beiträge nach Satz 2 auf Grund nicht vorgelegter Einkommensnachweise unter Zugrundelegung der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze festgesetzt wurden, geringere Einnahmen nach, sind die BeitrĤge für die nachgewiesenen Zeiträume neu festzusetzen. Für Zeiträume, fþr die der Krankenkasse hinreichende Anhaltspunkte dafļr vorliegen, dass die beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds die nach Absatz 4 Satz 1 oder Satz 2 jeweils anzuwendende Mindestbeitragsbemessungsgrundlage nicht überschreiten, hat sie die BeitrĤge des Mitglieds neu festzusetzen. A Wird der Beitrag nach den SĤtzen 3 oder 4 festgesetzt, gilt Â§Â 24 des Vierten Buches nur im Umfang der veränderten Beitragsfestsetzung.â∏∏

Â

GemäÃ∏ <u>§ 240 Abs. 2 S. 1 SGB V</u> sind bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mindestens die Einnahmen des freiwilligen Mitglieds zu berücksichtigen, die bei einem vergleichbaren versicherungspflichtig Beschäftigten der Beitragsbemessung zugrunde zu legen sind. GemäÃ∏ <u>§ 240 Abs. 2 S. 5 SGB V</u> gelten die Â§<u>§Â 223</u> und 228 Abs. 2, <u>§Â 229 Abs. 2</u> und die §<u>§Â 238a</u>, 247 Satz 1 und 2 und <u>§Â 248 Satz 1 und 2</u> dieses Buches sowie <u>§Â 23a</u> des Vierten Buches entsprechend.

Â

Als beitragspflichtige Einnahmen gilt nach <u>§ 240 Abs. 4 SGB V</u> in der vom 01.01.2018 bis 31.12.2018 geltenden Fassung (a.F.) für den Kalendertag mindestens der neunzigste Teil der monatlichen BezugsgrĶÄ∏e. Fļr freiwillige Mitglieder, die hauptberuflich selbstĤndig erwerbstĤtig sind, gilt als beitragspflichtige Einnahmen für den Kalendertag der dreiÃ∏igste Teil der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze (ÂSÂ 223), bei Nachweis niedrigerer Einnahmen jedoch mindestens der vierzigste, fýr freiwillige Mitglieder, die einen monatlichen Gründungszuschuss nach Â§Â 93 des Dritten Buches oder eine entsprechende Leistung nach ÂS 16b des Zweiten Buches erhalten, der sechzigste Teil der monatlichen BezugsgröÃ∏e. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen bestimmt, unter welchen Voraussetzungen dar A¼ber hinaus der Beitragsbemessung hauptberuflich selbststĤndig ErwerbstĤtiger niedrigere Einnahmen, mindestens jedoch der sechzigste Teil der monatlichen BezugsgrĶÄ∏e, zugrunde gelegt werden. A Dabei sind insbesondere das Verm A gen des Mitglieds sowie Einkommen und VermÄgen von Personen, die mit dem Mitglied in Bedarfsgemeinschaft leben, zu berÄ1/4cksichtigen. A Die durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen auf Grundlage der SAxtze 3 und 4 bestimmten Voraussetzungen für eine Beitragsberechnung sind bis zur endgültigen Beitragsfestsetzung nach Absatz 4a Satz 3 durch das Mitglied nachzuweisen. Für die Beurteilung der selbständigen Erwerbstätigkeit einer Tagespflegeperson gilt Â§Â 10 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Fþr freiwillige Mitglieder, die Schüler einer Fachschule oder Berufsfachschule oder als Studenten an einer auslĤndischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eingeschrieben sind oder regelmäÃ∏ig als Arbeitnehmer ihre Arbeitsleistung im Umherziehen anbieten (Wandergesellen), gilt Â§Â 236 in Verbindung mit Â§Â 245 Abs. 1 entsprechend. Satz 1 gilt nicht für freiwillige Mitglieder, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfļllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie seit der erstmaligen Aufnahme einer ErwerbstÄxtigkeit bis zur Stellung des Rentenantrags mindestens neun Zehntel der zweiten HÄxlfte dieses Zeitraums Mitglied oder nachâ <u>§Â 10</u> versichert waren; <u>§Â 5 Abs. 2 Satz 1</u> À gilt entsprechend.

Â

GemäÃ∏ <u>§ 240 Abs. 4a SGB V</u> werden die nach dem Arbeitseinkommen zu bemessenden Beiträge auf der Grundlage des zuletzt erlassenen Einkommensteuerbescheides vorläufig festgesetzt; dabei ist der

Einkommensteuerbescheid für die Beitragsbemessung ab Beginn des auf die Ausfertigung folgenden Monats heranzuziehen; Absatzâ 1 Satzâ 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend. Â Bei Aufnahme einer selbstst Äxndigen TÄxtigkeit werden die BeitrĤge auf der Grundlage der nachgewiesenen voraussichtlichen Einnahmen vorläufig festgesetzt. Die nach den Sätzen 1 und 2 vorläufig festgesetzten BeitrĤge werden auf Grundlage der tatsĤchlich erzielten beitragspflichtigen Einnahmen fýr das jeweilige Kalenderjahr nach Vorlage des jeweiligen Einkommensteuerbescheides endgültig festgesetzt. Weist das Mitglied seine tatsÃxchlichen Einnahmen auf Verlangen der Krankenkasse nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres nach, gilt für die endgültige Beitragsfestsetzung nach Satz 3 als beitragspflichtige Einnahme für den Kalendertag der 30. Teil der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze. A FA¼r die Bemessung der BeitrĤge aus Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung gelten die SAxtze 1, 3 und 4 entsprechend. A Die SAxtze 1 bis 5 gelten nicht, wenn auf Grund des zuletzt erlassenen Einkommensteuerbescheides oder einer ErklĤrung des Mitglieds für den Kalendertag beitragspflichtige Einnahmen in Höhe des 30. Teils der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze zugrunde gelegt werden.

Â

§ 7 Abs. 3 â | 5 der einheitlichen GrundsÃxtze zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und weiterer Mitgliedergruppen sowie zur Zahlung und FÃxligkeit der von Mitgliedern selbst zu entrichtenden BeitrÃxge (BeitragsverfahrensgrundsÃxtze Selbstzahler) vom 27.10.2008 in der Fassung der à | nderung vom 15.11.2017 regelt die Hà | he der beitragspflichtigen Einnahmen fà | hauptberuflich selbstÃxndig ErwerbstÃxtige. Danach sind fà | den Kalendertag mindestens 1/40 der monatlichen Bezugsgrà | A | e (§Â 18 Abs. 1 SGB | V) heranzuziehen, auf Antrag fà | hat Mitglieder, deren beitragspflichtige Einnahmen fà | den Kalendertag 1/40 der monatlichen Bezugsgrà | A | e unterschreiten, unter bestimmten weiteren Voraussetzungen die tatsÃxchlichen Einnahmen, mindestens 1/60 der monatlichen Bezugsgrà | A | e fà | den Kalendertag. Der Antrag ist grundsÃxtzlich mit Wirkung fà | f den Zukunft im Verfahren der vorlÃxufigen Beitragsfestsetzung zu stellen; er kann jedoch auch mit Wirkung fà | de Vergangenheit bis zur endgà | ltigen Beitragsfestsetzung nachgeholt werden.

Â

Die endgültige Beitragsfestsetzung für das Jahr 2018 hat unter Berücksichtigung des Einkommensteuerbescheides für dieses Jahr zu erfolgen. Allerdings wurde der Einkommensteuerbescheid nicht innerhalb von drei Jahren, also bis 31.12.2021, vorgelegt. Die Bestimmung des § 240 Abs. 4a S. 4 SGB V, die bei nicht fristgerechter Vorlage eines Nachweises der tatsÃxchlichen Einnahmen vorsieht, dass BeitrÃxge auf der Grundlage der Beitragsbemessungsgrenze zu erheben sind, setzt jedoch ein â $\$ Verlangenâ $\$ der Krankenkasse voraus. Beweispflichtig hierfür ist auf der Grundlage des Wortlauts der Bestimmung die Beklagte. Ein â $\$ Verlangenâ $\$ im Sinne des § 240 Abs. 4a S. 4 SGBÂ V ist nicht nachgewiesen. Die von der Beklagten genannten Schreiben vom 20.09.2021 und

07.12.2021, mit denen der Einkommensteuerbescheid für das Jahr 2018 ausdrücklich angefordert wurde, hat der Kläger nach seiner Mitteilung nicht erhalten. Das Gericht hat keine Hinweise darauf, dass die diesbezüglichen Angaben des Klägers unzutreffend wären. Ein Zugangsnachweis für die als einfache Briefe versandten Schreiben existiert nicht.

Â

Entgegen der Auffassung der Beklagten sind ihre weiteren Hinweise nicht als â | Verlangen im Sinne des § 240 Abs. 4a S. 4 SGB V anzusehen. Ein â | Verlangen im Setzt bereits vom Begriff her eine konkrete Aufforderung voraus. Soweit die Beklagte auf den Bescheid vom 16.08.2018 hingewiesen hat, hat der KlĤger ebenfalls angegeben, diesen nicht erhalten zu haben. Im Ä brigen handelt es sich hier wie auch in den weiteren Beitragsbescheiden lediglich um allgemeine Hinweise zur Beitragsberechnung, nicht um Aufforderungen zur Vorlage des Einkommensteuerbescheides 2018. Denn der Hinweis in dem von der Beklagten vorgelegten Bescheid vom 16.08.2018, dass die Beitr in dem von der Beklagten vorgelegten Bescheid vom 16.08.2018, dass die Beitr in dem von der Beklagten vorgelegten bescheid vom Klä¤ger ein aktueller Einkommensteuerbescheid fä½r das jeweilige Veranlagungsjahr vorliege, ist keine konkrete Aufforderung zur Vorlage des Einkommensteuerbescheides.

Â

Auch kann etwa die Formulierung im Bescheid vom 20.12.2017: $\hat{a} \square \square Die Beitr \tilde{A} \times ge$ stehen daher unter dem Vorbehalt der Neuberechnung und $\tilde{A} \square nderung$, bis uns ein aktueller Einkommenssteuerbescheid f $\tilde{A} \times das$ jeweilige Jahr vorliegt. $\hat{a} \square nicht$ als Aufforderung zur Vorlage des Einkommensteuerbescheides f $\tilde{A} \times das$ Jahr 2018 angesehen werden.

Â

Ferner genügen die allgemeinen Hinweise, die mit dem Beitragsbescheid vom 06.07.2022 übersandt und nach Mitteilung der Beklagten grundsÃxtzlich jedem neu verschickten Beitragsbescheid beigefýgt sind, insoweit nicht. Hier wird zwar darauf hingewiesen, dass Korrekturen in einem Dreijahreszeitraum mĶglich sind und die Versicherten verpflichtet sind, die Beklagte ýber die Veränderungen der beitragspflichtigen Einnahmen zu informieren sowie dass nach Ablauf des Dreijahreszeitraum eine rückwirkende Anpassung der Beitragsfestsetzung nicht mehr erreicht werden kann. Hierbei handelt es sich jedoch ebenfalls um allgemeine Hinweise, nicht um eine konkrete Aufforderung zur Vorlage eines Einkommensnachweises. Im selben Merkblatt wird ausgeführt: â∏Werden nach unserer Aufforderung die tatsĤchlichen Einkļnfte von Ihnen nicht nachgewiesen, erfolgt fÃ¹/₄r das entsprechende Kalenderjahr die Beitragsfestsetzung zunächst vorlĤufigen HĶhe der Beitragsbemessungsgrenze. Wenn die Mitwirkungspflichten nachgeholt, sind die BeitrĤge auf Grundlage des dann vorliegenden maà geblichen Einkommensteuerbescheides zu korrigieren. Nach Ablauf der Dreijahresfrist erfolgt die endgÄ1/4ltige Beitragsfestsetzung in HĶhe der Beitragsbemessungsgrenze. ̸nderungen sind dann nicht mehr möglich.â∏∏ Auch

mit diesem Hinweis wird nicht konkret zur Vorlage von Einkommensnachweisen aufgefordert.

Â

Die Voraussetzungen fÃ $\frac{1}{4}$ r die Erhebung von BeitrÃ α gen auf der Grundlage der Beitragsbemessungsgrenze waren daher fÃ $\frac{1}{4}$ r das Kalenderjahr 2018 bei dem KlÃ α ger nicht erfÃ $\frac{1}{4}$ Ilt. Vielmehr ist der endgÃ $\frac{1}{4}$ Itigen Beitragserhebung fÃ $\frac{1}{4}$ r das Jahr 2018 gemÃ α Ã α Â α A§ 240 Abs. 4a S. 3 SGB V der Einkommensteuerbescheid fÃ α Ar dieses Jahr zugrunde zu legen. Der KlÃ α ger hatte im Jahr 2018 ausweislich des entsprechenden Einkommensteuerbescheides Einnahmen von insgesamt lediglich 4.906 â α A, somit monatlich 408,83Â â α A und damit kalendertÃ α glich weniger als 1/60 der monatlichen BezugsgrÃ α A α A (BezugsgrÃ α A α A went went 2018 monatlich 3.045,00Â â α A). Da er nach Mitteilung der Beklagten vom 20.04.2023 den Antrag auf Beitragsentlastung rechtzeitig gestellt hat, hat die Beitragserhebung fÃ α Ar das Jahr 2018 nach α A§ 240 Abs. 4 S. 3 SGB V in Verbindung mit α A§ 7 Abs. 4 der Beitragsverfahrensgrunds α Artze Selbstzahler auf der Grundlage von beitragspflichtigen Einnahmen von kalendert α Arglich 1/60 der monatlichen Bezugsgr α A α A α Bezugsgr α Bezugsgr α A α Bezugsgr α Bezugsgr α A α Bezugsgr α Bez

Â

Die Beklagte war daher unter Abänderung der Bescheide vom 22.06.2022 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.09.2022 zu verurteilen, die Beiträge des Klägers für die Kranken- und Pflegeversicherung für das Jahr 2018 auf der Grundlage von beitragspflichtigen Einnahmen von kalendertäglich 1/60 der monatlichen BezugsgröÃ \square e festzusetzen.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Â

Erstellt am: 26.04.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024